

Wirtschaft

Bund gibt Microsoft den Laufpass

Der neue Informatikchef des Bundes räumt auf - und stoppt ein millionenschweres IT-Projekt.

Von David Vonplon

Bis Ende dieses Jahres sollte die Bundesverwaltung papierlos werden: Die rund 37 000 Bundesangestellten sollten auf einen elektronischen Schriftverkehr umgestellt werden. So sah es jedenfalls ein Aktionsplan vor, den der Bundesrat 2008 verabschiedet hatte. Mittlerweile hat sich gezeigt, dass die flächendeckende Einführung der elektronischen Geschäftsverwaltung (Gever) länger als ursprünglich geplant auf sich warten lässt. Und nun muss der Bund bei diesem Vorhaben einen weiteren schmerzhaften Rückschlag einstecken: weil sich die Weiterentwicklung nicht lohnt, zieht das Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) einer eigenen, auf Microsofttechnologie basierenden Softwarelösung den Stecker raus, wie das Fachportal Inside-it.ch berichtet. Der neue BIT-Direktor Giovanni Conti setzt damit einen Schlussstrich unter ein IT-Projekt, das seit dem Jahr 2005 zahlreiche eigene IT-Spezialisten wie auch externe Softwarefirmen beschäftigt hat und in Fachkreisen schon länger in der Kritik stand.

«Nicht kostendeckend»

Beim Bundesamt für Informatik bestätigt man den Übungsabbruch: «Eine interne Untersuchung über die künftigen Entwicklungskosten hat ergeben, dass die anstehenden Investitionen, die wir tätigen müssten, nicht kostendeckend wären», sagt BIT-Sprecher Claudio Frigerio. Laut gut unterrichteten Quellen wäre ein guter Teil dieser Mehrkosten

entstanden, weil die Lösung des Bundes auf einer älteren Version der Microsoft-Software Sharepoint basiert. Mit dem Erscheinen der neuen Version 2010 müsste der Bund bei seinen IT-Arbeiten wieder von vorne anfangen.

Die Software mit dem Namen Gever Office war erst vor einem Jahr als Standard anerkannt und in einigen Ämtern bereits als Pilotprogramm eingesetzt worden. So etwa in der Steuerverwaltung, welche die Amtshilfeverfahren mit ihm realisierte. Später dann hätte das Produkt in verschiedenen anderen Bundesämtern flächendeckend Einzug halten sollen.

Die eigens entwickelte Lösung sollte dabei als Konkurrenzprodukt zum teuren Produkt Fabasoft positioniert werden, das von einem österreichischen Softwarehersteller stammt und in der öffentlichen Verwaltung eine Monopolstellung genießt. Doch aus dem geplanten Angriff wird nun nichts. Im Gegenteil: Der Bund muss jetzt wieder praktisch bei null anfangen. Er ist gezwungen, nächstes Jahr im Rahmen einer Ausschreibung gemäss WTO-Richtlinien ein neues Produkt zu beschaffen.

Doch wieviel Geld muss der Bund wegen des Übungsabbruchs abschreiben? Laut dem Bundesamt für Informatik schlagen die Entwicklungskosten mit 7,5 Millionen Franken zu Buche. Dabei dürfte es sich allerdings bloss um die Spitze des Eisbergs handeln: Denn die Kosten, die bei den betroffenen Behörden anfallen, dürften noch höher sein. Der Bundesrat veranschlagt für die Ein-



Beamte der Eidgenössischen Steuerverwaltung an einem Computerkurs. Sie kennen die Probleme. Foto: Gaetan Bally (Keystone)

führung der elektronischen Geschäftsverwaltung pro Arbeitsplatz zwischen 6000 und 9000 Franken. Bei geschätzten 500 bis 1000 Personen, die heute mit der Lösung von Microsoft und Bund arbeiten, muss der Bund somit im Maximum weitere 9 Millionen Franken befragen. Hinzu kommen weitere Kosten für die Evaluation einer neuen Alternative zu Fabasoft. Die Parlamentarische Gruppe «Digitale Nachhaltigkeit» hat

denn auch bereits Alarm geschlagen. Ihre Co-Präsidentin, die Thurgauer SP-Nationalrätin Edith Graf-Litscher, verlangt vom Bundesrat, Rechenschaft über das undurchsichtige Projekt abzuliegen, und erwartet eine lückenlose Aufklärung der Vorgänge. Sie spricht aber auch von einem mutigen Schritt des neuen BIT-Direktors: «Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.»



Giovanni Conti

Der 49-Jährige ist seit Mitte 2011 Direktor des Bundesamts für Informatik und Telekommunikation. Zuvor war er unter anderem viele Jahre für die Swisscom tätig.

Trotz Überangebot will Emmi 450 Tonnen Äpfel importieren

Emmi will fast zollfrei Äpfel geraffelt und tiefgefroren aus Italien einführen - trotz Schweizer Rekordernte.

Von Andreas Flütsch

Dank gutem Wetter gibt es dieses Jahr Äpfel im Überfluss. Die Lager sind randvoll, ein Teil muss zu Most verarbeitet werden. Milchverarbeiter Emmi will dennoch 450 Tonnen Äpfel für die Herstellung von Birchermüeslijoghurt aus Italien einführen. Und zwar zum Vorzugszolltarif von 10 Rappen pro 100 Kilo, statt zum Normaltarif von 9 Franken. Emmi stellte ein entsprechendes Gesuch an die Oberzolldirektion. Die Zolldifferenz macht 1,5 Rappen pro Becher Joghurt aus. Das Finanzdepartement schlägt laut «Bauern-Zeitung» eine Lex Emmi vor: Der Zollansatz für gefrorene, geraffelte Äpfel soll künftig generell 10 Rappen pro Zentner betragen.

Die Verbände können sich bis Anfang Dezember zu Emmis Gesuch äussern. «Wir sind total dagegen», sagt Josiane Enggasser vom Obstverband, «es gibt mehr als genug Schweizer Äpfel.» Auch bei Bioware sei das Angebot so gross, dass ein Teil vermostet werden müsse.

Nicht gelten lassen will Enggasser Emmis Argument, die Obstbranche sei zu wenig auf die Bedürfnisse der Industrie ausgerichtet: «Es gibt eine Reihe Obstverarbeiter, die viel grössere Apfelmengen, als Emmi sie braucht, zu Saft, Mus oder Trockenobst verarbeiten. An der Obstbranche kann es nicht liegen.»

Anders sieht das Esther Gerster von Emmi: «Wir haben Gespräche mit Verarbeitern geführt. Das Interesse, uns die geforderte Menge in der benötigten hohen Qualität zu liefern, war nicht gerade gross.» Gross sei hingegen der Preisunterschied. Schweizer Äpfel hätten verarbeitet und gefroren pro Kilo 5.30 Franken gekostet, die Importware bloss 1.35 Franken. Beim Obstverband kann man sich die grosse Differenz nicht erklären: «Wir haben Abklärungen gemacht. Niemand weiss etwas von einer konkreten Anfrage von Emmi.»

Der Preis scheint für Emmi eine wichtige Rolle zu spielen. Zwar sei der Exportanteil bei Birchermüeslijoghurt «relativ klein», sagt Esther Gerster, «aber wir spüren den Druck des tiefen Euro auch im Inland». Erst kürzlich hatte die Agrarbranche ähnlich verärgert reagiert, weil Emmi dieses Jahr trotz einem Schweizer Butterberg grosse Mengen an Butter aus Holland importiert.

Cashflau



Erstaunliches zum Thema Fleisch ist in der «Handelszeitung» zu lesen. Da sagt doch Urs Angst, Chef der Zürcher Grossmetzgerei Angst, er könne keiner Maus etwas zu leide tun. «Wenn ich ein Tier selbst töten müsste, um es zu essen, wäre ich auch Vegetarier.» Er könne deshalb nachvollziehen,

dass viele aus ethischen Gründen kein Fleisch essen. Dieser Gedanke ist für uns ebenfalls nachvollziehbar, ohne dass wir selbst Vegetarier wären. Aber

dass ein Metzgerei-Chef selber kein Tier töten könnte, zeugt von grossem Abstraktionsvermögen.

✱

Die Familienehre soll wiederhergestellt werden: Die «Mitteldeutsche Zeitung» aus Halle schreibt, dass der ehemalige deutsche Verteidigungsminister, Karl-Theodor zu Guttenberg, der wenig ehrenhaft seinen Dokortitel und Ministerposten aufgeben musste, in seinem US-Exil an einer neuen Dissertation arbeite. Dann will er wieder in die Politik einsteigen, sofern er nicht wegen Verletzung des Urheberrechts verurteilt wird. So soll ein Interview mit einer grossen deutschen Wochenzeitung für die Zeit nach der Entscheidung bereits fest vereinbart sein.

Anzeige

Seine Kunden möchten per Post informiert werden. Auch in Zukunft.



Die Wirkung macht den Unterschied.

Studien belegen: Die grosse Mehrheit der Schweizer wünscht sich ihre Geschäftskorrespondenz wie Rechnungen oder Lohnabrechnungen auch in Zukunft per Post. Briefe sind beliebter als E-Mails und werden stärker beachtet. Unsere vielfältigen Versandlösungen für Geschäftskunden helfen Ihnen, Kundenwünsche effizient umzusetzen und so langfristig den Unterschied zu machen. Lassen Sie uns über Wirkung sprechen. Telefon 0800 002 291.

www.post.ch/wirkung

DIE POST 